

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin oder bei direktem Bezug ohne Bestellgebühr monatlich 3.— M., bei Zustellung unter Strichband 5.— M. Die „Freiheit“ ist in den ersten Nachtrag der Postzeitungsliste für 1919 eingetragen. Redaktion und Expedition: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 111. Verleger: Kurt Nordens 2895 und 2896.

Inserate kosten die achteigste Zeile oder deren Raum 1,20 M., Wortanzeigen das festgesetzte Wort 60 Pf., jedes weitere Wort 25 Pf. Teuerungszuschlag 70 Proz. Bei Familien- u. Versammlungsanzeigen fällt der Zuschlag fort. Insetate für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein. Inseraten-Abteilung: Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19. Verleger: Kurt Nordens 2895 und 2896.

Freiheit

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Entente bleibt hart.

Eine Note der Entente.

Berlin, 12. September.

Nach einem Telegramm der deutschen Vertretung in Versailles vom 12. September mittags hat Ministerpräsident Clemenceau eine Note vom 11. September übermittelt, in der auf die deutsche Note vom 5. September geantwortet wird:

Die Deutsche Regierung hat mit ihrer Note vom 5. September beantwortet, daß tatsächlich kein Artikel, wie auch kein klarer Wunsch immer sei, mit dem Friedensvertrag im Widerspruch stehen kann, weil in der Verfassung ein anderer Artikel steht, der besagt, daß keine ihrer Bestimmungen dem Vertrage Eintrag tun kann. Daß diesem sinreichen Kunststück keine deutsche Verfassung offenbar so geändert werden, daß ihr Wortlaut jeder der Bestimmungen des Friedensvertrages widerspricht. Die Punkte 2. B. vorschreiben, daß ein deutsches Heer von mehreren Millionen Mann im Wege der Ausbildung gehalten werden soll; und wenn die alliierten und assoziierten Mächte darauf aufmerksam machten, daß diese Bestimmungen gegen den Vertrag sei, der die Größe des deutschen Heeres genau begrenzt und die Ausbildung unterlag, so könnte die Deutsche Regierung antworten, daß, wenn dies so sei, die Verfassung selbst in ihrem Artikel 178 eine genügende Sicherheit vorsehe, indem sie erkläre, daß nichts in dem Vertrage durch die Verfassung berührt werden kann. Man könnte sagen, dies sei eine reine Hypothese, aber sie ist nicht so, wenn man im Artikel 112 der deutschen Verfassung in ihrer jetzigen Form liest, daß kein Deutscher zur Auslieferung durch ein fremdes Gericht ausgesetzt werden darf, während der Vertrag ausdrücklich vorsieht, daß gewisse Personen, die eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges angeklagt werden, ausgeliefert und vor ein fremdes Gericht zu stehen sind.

Nach der deutschen Antwort soll Artikel 178 aufgenommen worden sein, um jeden möglichen Widerspruch zwischen den Vorschriften der Verfassung und den Bedingungen des Friedensvertrages zu vermeiden. Dies ist eine ausgezeichnete Abwehr, wenn es sich um Widersprüche ansehbarer und unvorhersehbarer Art handelt, wie sie der Scharfsinn der Juristen in der Fassung zweier langer und verwickelter Urkunden entdecken kann. Aber handelt es sich nicht um ansehbare und nicht voraussetzbare Widersprüche. Die Widersprüche, gegen die die Proteste der alliierten und assoziierten Regierungen richtet, sind gewiß klar und offenbar und können nur gewollt sein. Niemand wird glauben, daß die Urheber der deutschen Verfassung bei der Aufnahme des Artikels 61 und bei der Festsetzung des Wortlauts des Artikels 112 nicht wußten, daß diese Bestimmungen im Einklang mit den wenigen Wochen vorher von Deutschland freigegebenen Verpflichtungen unvereinbar wären.

Dieser Zustand darf nicht länger dauern. Die Deutsche Regierung erkennt an und erklärt, daß, wenn die Verfassung und der Vertrag im Widerspruch stehen, die Verfassung nicht vorgehen kann. Im Hinblick auf diese Anerkennung können die alliierten und assoziierten Mächte von der deutschen Regierung, daß sie ohne weiteren Verzug die Auslieferung, die sie in ihrer Antwort vom 5. September 1919 den alliierten und assoziierten Mächten mitgeteilt hat, in einer diplomatischen Urkunde, deren Wortlaut hier beigefügt wird, niedergelegt, sowie, daß diese Urkunde unverzüglich an einem bevollmächtigten Vertreter der Deutschen Regierung in Versailles in Versailles unterzeichnet und innerhalb von vier Tagen nach dem Inkrafttreten des Friedensvertrages von den zuständigen gesetzgebenden Gewalten Deutschlands gebilligt werden muß.

Generalfreik in Memel.

Memel, 12. September.

Nach Anlaß der Verhaftung des Vorsitzenden des hiesigen Arbeiterrates, Zahnwalde, durch den Führer des hier liegenden Arbeiterclubs, Hauptmann Schmidt, ist, wie das „Memeler Dampfboot“ berichtet, heute vormittag der Generalfreik erklärt worden. Hauptmann Schmidt hatte Zahnwalde verhaften und nach Memel überführen lassen, sowie das sozialdemokratische Klublokal besetzen lassen. Die Ursache der Verhaftung sind die in der Zeitung „Freiheit“ vom 12. September veröffentlichten Artikel. Hauptmann Schmidt hatte einen Vorwurf wegen Nichterfüllung auf der Straße zur Rede gestellt.

Der Generalfreik, der auch das Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerk umfaßt, soll solange aufrechterhalten werden, bis Zahnwalde aus Haft zurückgeführt und Hauptmann Schmidt aus Memel entfernt ist.

Selbst die vorstehende offiziöse Meldung des W. L. B. muß die geradezu unerhörte Ursache für den militärischen Gewaltstreik zugeben. Der Herr Hauptmann wird nicht gegrißt, ihm gefallen einige Zeitungsartikel nicht, er verhaftet deshalb frisch darauf los und beregt das rechtssozialistische Blatt. Wenn es deshalb in Memel, dieser bisherigen rechtssozialistischen Domäne, zur Erschütterung des Wirtschaftslbens kommt, so zeigt das wieder einmal deutlich, daß die militärische Gewalt herrscht die Ursache dafür ist.

Die zaristische Mörderliga in Stockholm.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Stockholm, 12. September.

Die schwedische Polizei ist neuen Verbrechen der antibolschewistischen Mörderliga auf die Spur gekommen. In einer Geheimtasche fand man Protokolle über die Hinrichtung von weiteren vier Russen. Die Mörderliga hat nach den gefundenen Papieren auch mit den Gesandtschaften der Entente in Verbindung gestanden. Die Untersuchung ist noch nicht abgeschlossen. Der Kurier der Liga mit Judenitz, der dänische Kaufmann Larsen ist aus Schweden vertrieben worden.

Dazu meldet W. L. B. aus Stockholm:

Die Zeitungen veröffentlichen heute ausführliche Auszüge aus dem 500 starken Bericht der schwedischen Polizei über ihre Untersuchungen betreffs der russischen Mörderliga, die unter dem Oberbefehl des Kosakenobersten Gabeljache in der Nähe Stockholms drei Morde verübt hat. Danach wurden Geheimdokumente der Liga gefunden, die allerhand neue Momente zutage förderten. Aus denselben geht hervor, daß sie am 20. Mai 1918 in Petersburg gegründet wurde und über 500 Mitglieder zählte. Als man vertrieben wurde, eröffnete Gabeljache im Herbst 1918 eine Filiale in Stockholm. Er gründete zuerst die Zeitung „Echo de Russie“ und warb Hilfskräfte für seine Pläne. Dabei trat er auch mit der amerikanischen Gesandtschaft in Stockholm in Verbindung, und der amerikanische Militärattaché, Lieutenant Staines, sicherte ihm auch Geldunterstützung zu. Er wurde jedoch dann zur Friedenskonferenz nach Paris abberufen, so daß das geplante Zusammenarbeiten nicht zustande kam. Nach den genannten Dokumenten war beabsichtigt, die damalige Gesandtschaft des Vertreters der Sowjetregierung in Stockholm, namens Borowski, zu stürzen und ihm alle aus Rußland durch Kuriere überbrachten Geldmittel und Wertgegenstände abzunehmen. Doch kam es wegen der Abreise des amerikanischen Militärattachés nicht zur Durchführung des Planes. Auch die englische Gesandtschaft in Stockholm näherte sich der Mörderliga, um den Bolschewiki ihr Geld abzunehmen. Gabeljache aber konnte sich mit ihr nicht einigen. Die Geheimpapiere enthalten Protokolle über weitere vier Morde, die die Vereinigung begangen haben soll. Da jedoch die angeführten Personen von der Polizei in keiner Weise identifiziert werden können, nimmt man an, daß es sich um eine Mystifikation handele. Das treibende Motiv bei Gabeljache und seinen Helfern war zweifellos neben politischem Fanatismus und Haß gegen die Bolschewiki auch Raubgier, da allen Opfern bedeutende Geldsummen abgenommen wurden.

Die schweizerische Sozialdemokratie und die dritte Internationale.

Bern, 11. September.

Die Schweizerische Delegation meldet: Bis jetzt hat die Abstimmung zum Beitritt zur 3. Internationale 2867 Stimmen für und 4614 gegen den Eintritt ergeben. Es fehlen zwar noch wichtige Sektionen, die jedoch das Gesamtergebnis nicht mehr wesentlich beeinflussen können. Infolgedessen tritt die schweizerische sozialdemokratische Partei aus der 2. Internationale aus, geht aber nicht zur 3. über.

Das Ende eines Volkes.

Von Julius Brauntal (Wien).

Die Mächtigen in St. Germain, die alle Gewalt über die Welt in ihren Händen vereinigen, haben nun auch dem deutschösterreichischen Volk sein Schicksal kundgetan. Der Friedensvertrag, den die deutschösterreichische Delegation heimbringt, kündigt mit granamter Härte die Vernichtung seiner Unabhängigkeit, die blutige Zerstörung aller seiner Hoffnungen, sich jemals aus den Tiefen der Not und Sorge zu erheben. Wie? Die Vernichtung seiner Unabhängigkeit? Wird denn nicht im Artikel 188 dieses Vertrages die Unabhängigkeit Deutschösterreichs als „unveräußerlich“ erklärt und Deutschösterreich die Verpflichtung auferlegt, sich jeder Handlung zu enthalten, die seine Unabhängigkeit direkt oder indirekt, auf welchem Wege immer, beeinträchtigen könnte? Wird nicht Deutschland im Artikel 80 seines Friedensvertrages verpflichtet, die Unabhängigkeit Österreichs in den durch den Vertrag festgesetzten Grenzen unbedingt anzuerkennen und sie als unabänderlich zu achten, außer in Uebereinstimmung mit dem Räte des Völkerbundes? Die „Unabhängigkeit“ Deutschösterreichs ist der Entente ein so hohes Gut, daß sie sie unter Kuratel zu stellen sich genötigt findet! Die „Unabhängigkeit“, die in Wirklichkeit den Verzicht des Zusammenschlusses Deutschösterreichs mit Deutschland darstellt und jede Möglichkeit dem Deutschösterreich verschüttet, jemals sich wieder emporzurichten! Wie soll denn dieses arme Deutschösterreich in seiner Notlage bestehen, wie soll es leben, da die Wurzeln seiner Kräfte verdorrt, sein volkswirtschaftliches Leben verkümmert, die Quellen seiner Kräfte verfiert sind? Dieses kleine, verstimmelte, zerrissene Land, das nur einen Bruchteil der Menge des Brotes zu produzieren vermag, um seiner Bevölkerung das nackte Leben zu gewähren, das der wichtigsten Rohstoffe entbehrt, um seine Industrie zu nähren, das, mit dem Erbe der gigantischen Schuldenlasten der Monarchie behaftet, den Leidensweg seines Aufbaues antreten soll, wie soll dieses Land, wie soll dieses Volk bestehen? Der Staatsvoranschlag für das kommende Budget begiffert die Ausgaben der deutschösterreichischen Republik auf 8 1/2 Milliarden und die Einnahmen auf etwa 3 1/2 Milliarden Kronen gedeckt werden, wenn der Staat allein für soziale Zwecke die Summe von mehr als 3 Milliarden Kronen aufzuwenden hat? Nahezu die gesamten Einnahmen des Staates verzehrt die Fürsorge für die Arbeitslosen, für die Kriegsgefangenen und Zivilinternierten, für die Krüppel, für die Frontheimkehrer, für die Witwen und Waisen und Greise und die Erleichterung der Lebensführung und der Ernährung der Kernfamilien der Bevölkerung. Und dieses Volk, das außerstande ist, sich selbst auch nur notdürftig zu erhalten, dieses Volk soll noch die gigantischen wirtschaftlichen Lasten tragen, die ihm der St. Germainer Friede aufbürdet? Clemenceau verspricht, daß die Repräsentationskommission, die über das „unabhängige“ Deutschösterreich nun walten wird, angewiesen werden wird, in „offenkundig humanitärem Geiste“ die ihr anvertrauten Aufgaben zu entledigen. Der Friede von St. Germain, der das Ende der schreckenvollen Herrschaft des Krieges bilden sollte, ist in Wahrheit das Ende Deutschösterreichs. Was ihm nun folgen mag, das ist die Selbstzerfleischung eines hungernden, frierenden und in den Wohnstätten der Bergweilung getriebenen Slawenvolkes, das Dahinsiechen der hunderttausenden Kinder, Greise, Krüppel, Frauen, die Massenflucht der Arbeitsfähigen aus dem unglücklichsten aller Länder der blutenden Erde. Die schwarzen Schatten des Unterganges liegen über Deutschösterreich.

Was hat aber dieses so gepeinigte Volk so Schweres verbrochen, daß es, ausgetrieben aus der Familie der Völker, mit dem Fluche der Vertilgung bestraft werden soll? Das Begleitwort Clemenceaus an Renner wälzt alle Verantwortung für den Weltkrieg, für die Uebel, unter denen Europa während der letzten fünf Jahre gelitten, auf das deutschösterreichische Volk. Es ist ja wahr und soll nicht bestritten bleiben, daß das Ultimatum Österreichs an Serbien diesen furchtbaren Krieg erweckt hat. Es ist ja wahr, daß die habsburgische Dynastie diesen Krieg gewollt hat und das Ultimatum nur „der Scheinheilige Vorwand“ war, um über Serbien hinzuzurufen. Aber dieses verbrecherische, verurteilte Werk war ja nicht das Werk des Volkes! Gaviß, die bürger-

Die Parteien der alten Monarchie, die Deutsch-nationalen, Christlichsozialen und vor allem der Polenklub, haben den kaiserlichen Verbündeten unterstützt. Unvergleichlich muß dem Volke gerade in dieser schweren Stunde die Kundgebung des Bringen die besten sein, die es namens der christlichsozialen Rechtspartei unmittelbar nach der Kriegserklärung am 2. August 1914 an den Kaiser gerichtet hatte. Darin erklärte er allerdings: Die Anhänger meiner Partei danken Seiner Majestät aus ganzem Herzen, daß Höchstdieselbe ihr Geleit gab, mit Gut und Blut für die Größe und die Unantastbarkeit der Monarchie einzustehen. Der Polenklub, die Deutsch-nationalen und Christlichsozialen begrüßten allerdings mit glühender Begeisterung den Krieg. Aber diese schwarz-gelben Lakaien, die leider noch heute das Antlitz der Erde mit ihrer Existenz besudeln, repräsentierten ja niemals das deutschösterreichische Volk! Den unmündigen Massen des Volkes, deren politisches Bewußtsein planmäßig schule, Kaffernhof, Reichsthal und Kangel in dumpfem Schlummer hielt, wußten, ja ahnten nicht, auf welche unheilvollen Wegen die bürgerlichen Parteien, die sie betört und vertreten, geführt hatten! Soweit aber das Volk erwacht war, stand es hinter der Sozialdemokratie. Sie war stets die mächtigste Partei im Lande. Vereintigte doch die deutschösterreichische Sozialdemokratie in der Reichsratswahl, die diesem Krieg vorausging, allein 542 439, das waren 81,2 Prozent aller Stimmen, die deutschösterreichischen Wählerbewerber zugewendet waren. Wer wollte also zweifeln, daß in der Sozialdemokratie die wahrhafte Repräsentanz des deutschösterreichischen Volkes dargestellt war? Wie antwortete aber die deutschösterreichische Sozialdemokratie auf den Krieg?

Graf Stürggh, der unselige Verderber des deutschösterreichischen Volkes, den die gerechte Strafe im Kriege erste, hatte einige Monate vor der Kriegserklärung das österreichische Abgeordnetenhaus auseinandergesagt. Ueber der Monarchie lag Gewitterwolke. Stürggh bedurfte zum Handeln freie Hand. Da mochte sich das Abgeordnetenhaus seinen verbrecherischen Vätern unbedeutend erweisen. So benötigte er eine tschechische Obstruktion, um das Parlament zu beiseitigen. Der tschechische Konnexismus, der sich jetzt bezeugt auf den deutschösterreichischen Reichstag stürzt, ermöglichte damals bereitwillig die Erfüllung der dunklen Wünsche des Verfassungsverbrechers. Ungehindert von der Kritik und der Kontrolle der Volksvertreter, konnte nun die Sozialdemokratie den Weltkrieg vorbereiten. Als das Ultimatum abgehandelt war, da mangelte dem Volk der Monarchie das Forum, seine Stellung zum Kriege zu manifestieren. In der Kundgebung der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten, am Tage der Ueberreichung des Ultimatum, am 21. Juli 1914, heißt es — und diese Worte müssen richtunggebend für eine gerechte Beurteilung des deutschen Volkes sein! — ... Dem Volk ist es nicht gegeben, über Krieg und Frieden zu entscheiden. Das Parlament, durch das es wirkt und spricht, ist stumm. Der politischen Freiheit in den Versammlungen sind Fesseln angelegt. In dem Bewußtsein der schicksalsschweren Stunden soll noch einmal unser Mahnruf laut werden: Der Friede ist das kostbarste Gut der Menschen, das höchste Bedürfnis der Völker! Wir lehnen jede Verantwortung für diesen Krieg ab; feierlich und entschieden beladen wir mit ihm diejenigen, die ihn, haben wir dräben, angestiftet haben und entfesseln wollten! Und wir wissen und darin einig mit den Klassenbewußten Arbeitern der ganzen Welt und nicht zum wenigsten mit den Sozialdemokraten Serbiens! Feierlich bekennen wir uns zur Kulturarbeit des internationalen Sozialismus, dem wir ergeben bleiben im Leben und verbunden bis zum Tode.

So sprach das Volk, soweit es seiner selbst bewußt war und klar das Unheil der Regierenden zu durchschauen vermochte. Freilich war diesen Worten unmittelbare Wirksamkeit verweigert. Ueber der Monarchie waltete der eiserne Druck des Ausnahmezustandes, der jedes freie Wort knebelte, das arme Volk durch Kerker, Galgen und Zentur erdummungslos niederhielt. Und dennoch widersetzte sich das Volk im geheimen dem Zwange des Krieges! Nur unwillig folgte es den Fahnen. Als die nach den ersten Tagen mit einem Hoffenentsondergelingen erzeugte Kriegseuphorie abgeklaut und der Strom der Freiwilligen und Kriegslustigen allmählich verfließt war, da mußte ein Misionaufgebot von Kerken und Auditoren nach den Höfen und Unwilligen im Hinterlande fahnen. Das Volk wollte in Wahrheit nicht den Krieg, wollte nicht kämpfen und wollte für ihn auch nicht arbeiten. Vergeblich bemühte sich ein Heer von Gendarmen, die Bauern zur Ablieferung der vorgeschriebenen Lebensmittelmengen zu zwingen. Die Arbeiterklasse in den Fabriken mußte militärisiert und unter dem Zwange der Kriegsgesetze zur Arbeit verhoften werden. Dann aus freiem Willen oberte das Volk dem Kriege nicht. Nirgends fand der Defaitismus in ungewisseren Wägen als in der österreichisch-ungarischen Monarchie! Das Volk, das, ohne befragt worden zu sein, in den unseligen Krieg verstrickt wurde, hatte den Krieg und schonte das Ende herbei. Und als das Maß seiner Leiden überfüllt war, strengte es den übermächtigen eisernen Zwang und vernichtete die Schuldigen an diesem Verbrechen. Und dieses bedröhte, gequälte, aus tausend Wunden blutende, zu Tode gehetzte Volk soll allein die Schuld an diesem Verbrechen tragen? Fürwahr, wenn Recht Recht bleiben soll, und Wahrheit Wahrheit, so ist der Friedensvertrag von St. Germain das ehrwürdigste Dokument des Unrechts und der Lüge dieser schauerlichen Zeit.

Die Gewalttaten in St. Germain, die neubereitend die Erde abschnitten, verließen in Deutschösterreich den Reichnam eines Volkes. Denn dieser Friede ist kein Ende.

Konferenz der baltischen Staatsmänner.

Mitau, 11. September.

Das Programm der gestern eröffneten Konferenz der Staatsmänner der baltischen Staaten umfaßt 1. die Frage der Festlegung von Grundlinien für die politische Einigung dieser Staaten, und zwar Festlegung der allgemeinen Prinzipien bei endgültiger Festlegung der Grenzen, ferner die Bürgerrechte in den teilnehmenden

Staaten und schließlich die gemeinsamen politischen Pläne in bezug auf die alliierten Staaten und Rußland. 2. Die Frage einer Militärkonvention für die Kriegszeit. Die Beratungen über diesen Punkt werden den gemeinsamen Oberbefehlshabern, die gemeinsame Front und die gemeinsame Ausrüstung zum Gegenstand haben. 3. Die Frage einer wirtschaftlichen Konvention, und zwar gemeinsame Verkehrsmittel, Verpflegung, Volatfragen. Auch die Frage der periodischen Wiederkehr solcher Konferenzen steht auf der Tagesordnung.

Scheidemann, der Enthüller.

Scheidemann, der vom Volk ganz vergessen war, als ob er nie in der Politik eine Rolle gespielt hätte, wendet alle Kräfte der Regie an, um sich wieder in Erinnerung zu bringen.

In Kassel hat er eine welterschütternde Enthüllung vorgenommen. Um nur ja nicht hinter dem Enthüller Erbacher zurückzustehen, und um den Zuhörern die Vorstellung von etwas ganz Außerordentlichem zu suggerieren, hat er die Enthüllung mit dem Bemerkten eingeleitet, daß er „vor aller Welt“ zum erstenmal und mit vollem Bewußtsein den Schleier von einem Geheimnis wegziehen werde. Und was zeigt sich der erstaunten Welt? Eine längst bekannte, in den Parteidiskussionen immer wieder erwähnte Tatsache, nämlich, daß Herr v. Bethmann Hollweg die Sozialdemokratische Partei davon abzuhalten verfuhr, eine Friedenskonvention zu veranstalten, unter dem Vorwand, daß sonst der Kriegswille der Gegner gesteigert würde, und daß er der Partei nahegelegt hat, die Genossen des Auslandes friedensgeneigt zu machen.

Herr v. Bethmann Hollweg hat wiederholt diese Versuche gemacht. Als im Reichstag am 10. März 1915 zum erstenmal in freier Rede über den Krieg gesprochen wurde, hat Genosse Dase als Redner der Fraktion entgegen den Wünschen des Herrn von Bethmann der Friedenssehnsucht Ausdruck gegeben und gegenüber der Auffassung des Herrn v. Bethmann und seiner Bewunderer in der Fraktion erklärt, den Friedenswillen öffentlich auszusprechen, sei kein Zeichen der Schwäche. Er hat ebenfalls damals verlangt, daß Deutschland „zuerst die Friedenshand austrecken soll“. In der „Enthüllung“ Scheidemann ist nur das eine bemerkenswert, daß er auch heute noch nicht die Taktik des Herrn v. Bethmann durchschaut.

Spiel mit verteilten Rollen.

Herr Scheidemann hat in Kassel, wie wir gestern schon berichtet haben, die Regierung, die zu zwei Dritteln aus seinen Freunden und Parteigenossen besteht, angegriffen; insbesondere hat er Noske den Vorwurf gemacht, daß er die militärische Macht den reaktionären Offizieren in die Hände gespielt habe. Von dem Obersten Reinhardt, den Scheidemann besonders erwähnte, erzählt das „Berliner Tageblatt“ noch folgendes:

Reinhardt hat sich in den Januarjahren, als der Kommunismus Berlin zu verschlingen drohte, gewisse Verdienste erworben, da er, mit einer letzten Truppe in der Hand, zugunsten der Regierung eingriff. Aber derselbe Oberst Reinhardt, eine impulsive Audenborff-Natur, hat aus seiner Abneigung gegen die republikanische Regierung kein Hehl gemacht, hat, öffentlich, Mitglieder des Kabinetts beschimpft und von der „Judenfahne“ gesprochen, nachdem die Nationalversammlung sich auf die schwarz-rot-goldenen Farben geeinigt hatte. Als er, im Juni dieses Jahres, aus Entrüstung über die Annahme der Friedensbedingungen seinen Abschied einreichte, hat ihn Noske, zu bleiben, und Reinhardt blieb. Seitdem hält er sich für unersetzlich und glaubt sich dazu berufen, die Forderung zu spielen, wenn neue Wirren über Deutschland hereinbrechen sollten. Er ist Monarchist und verdirrt diese Bestimmung vor seiner Umgebung nicht. Er ist indessen klug genug, sich zu sagen, daß für die nächsten Jahre eine Wiederaufrichtung der Monarchie nicht möglich ist. Aber er hält, im gegebenen Zeitpunkt, eine Militärdiktatur für wünschenswert. Natürlich weiß er sich mit einer großen Anzahl anderer aktiver und inaktiver Offiziere, die heute ihr selbsterhalten und ihren Einfluß verlieren haben, ein.

Das „Berliner Tageblatt“ sagt weiter, daß Reinhardt heute nicht mehr daran denke, freiwillig aus dem Dienst zu scheiden. Es werde überhaupt klar sein, der Reichswehr die Offiziere allen Schlags zu entziehen, zumal die Soldaten nicht nur auf die Verfassung, sondern auch auf ihre Führer verpflichtet sind. Das Blatt erwartet, daß nunmehr Noske das Wort ergreifen solle.

Die „Volkzeitung“, die Filiale des „Berliner Tageblatts“, sieht schon eine Krise am Regierungshimmel aufstehen. Wenn Noske jetzt nicht handele, dann sei er eine lächerliche Figur, ein Krieger, und seine Partei sollte ihm je eher je lieber das Vertrauen absprechen. Wir glauben nicht daran, daß Herr Scheidemann eine Regierungskrise einleiten sollte. Möglich ist es eher, daß er im Einverständnis mit der Zeitung seiner Partei handelt, in deren Reihen die Unzufriedenheit gegen Noske immer stärker wird. Aber selbst, wenn Noske beiseitigt werden sollte, so fällt damit noch nicht die Methode Noske. Die Heine, die Höring, die Winnig und wie die anderen Größen der rechtssozialistischen Partei heißen, sind von demselben Kaliber wie Noske. Die rechtssozialistische Politik ist so sehr mit reaktionären und arbeitfeindlichen Tendenzen durchtränkt, daß sie durch die Beiseitigung eines einzelnen kompromittierten Mannes nicht gebessert wird. Es ist lediglich ein Spiel mit verteilten Rollen, eine Komödie, die von Herrn Scheidemann und seinen Parteigenossen aufgeführt wird. Selbst wenn mit Noske der Oberst Reinhardt verschwinden sollte, so ist doch die Reichswehr schon so weit als gegenrevolutionäres Instrument ausgebildet, daß sie sich vor den Grobrevolver Scheidemanns nicht zu fürchten braucht.

Militärische Maßnahmen gegen Rechtssozialisten.

Wie der „Vorwärts“ meldet, erschien am Mittwoch im Hause des Rechtssozialisten Schlesinger, Poriser Straße 21-22, der mit anderen bekannten Bagisten Material über das schändliche Treiben der deutschen Besatzungsgruppen in Lille veröffentlicht hat, ein angeblicher Offizier in Zivil, der bei den Hausbesuchern Erkundigungen über Schlesinger einzog. Wie der „Vorwärts“ meldet, stellte er dabei für Schlesinger Hausdurchsuchung und Schutzhaft in Aussicht.

Wie wir hören, sind gleiche Maßnahmen gegen die anderen Mitarbeiter an der „Erzbergerischen

Wahrheit“ geplant. Daß es sich bei Schlesinger nicht bei der Offizier behauptete, um eine Verfolgung wegen „parteilicher Bestrebungen“ handelt, geht schon daraus hervor, daß der Offizier auf die Neuerung eines Dienstnachsens, Schilf, das „Berliner Tageblatt“ und den „Vorwärts“, erwiderte: „So ist es etwas liegt das Gefindel immer.“ Der „Vorwärts“ interessiert sich unter der Ueberschrift „Was hat Herr v. Bülow noch alles vor?“ dafür, „unwiderlich beim Korps München die Schmach nach einem neuen Skandal besteht“. Wir meinen nun allerdings, daß es schon ein unerhörtes Skandal ist, wenn die Spiegel der Militärbehörden ganz den gegen Bagisten vorgehen und deren Schmachhaft als anklagend können. Tun die Militärbehörden gegenmäßig nicht alles was sie wollen, ohne jede Rücksicht auf Gesetz und Recht? Sie können sich dabei ja auch auf ihren Freund Noske berufen, der auch „auf die Paragraphen preist“.

Vergebliche Liebesmühe.

Der „Vorwärts“ legt den unauglichen Versuch fort, aus den Verhandlungen unserer Reichskonferenz Sonntag zu laugen. Indem er einzelne Äußerungen aus dem Zusammenhang reißt, versucht er, die verschiedenen Redner gegeneinander auszuspielen und für seine Zwecke zu verwenden. Wie verächtlich hat seinerzeit die gesamte deutsche Sozialdemokratie über diese Methode geurteilt, als sie von ihren bürgerlichen Gegnern angewandt wurde! Jetzt anbietet der „Vorwärts“ mit derselben Methode.

So verurteilt der „Vorwärts“, die Verurteilungen Siffertings, die sich gegen den Terrorismus als eine notwendige Methode der Behauptung der politischen Macht wandten, auszunutzen, um dann die wirklich terroristischen Methoden Noskes als Verdienst anzupreisen. Er muß das im selben Augenblick, in dem selbst ein Scheidemann in diesen Noske als willensloses Werkzeug in der Hand einer monarchistisch-reaktionären Offiziersklasse kennzeichnen muß. Natürlich ist es Sifferting nicht eingefallen, das Recht auf Revolution zu leugnen, das kein geringeres als Friedrich Engels noch in seinem politischen Testament als unüberäußerliches Recht des Volkes proklamiert hat. Etwas anderes ist es natürlich, den Terrorismus und damit den Bürgerkrieg als eine notwendige Bedingung der proletarischen Diktatur nach Eroberung der politischen Macht zu proklamieren. Dagegen hat sich Sifferting gewandt, als er über gewisse Auffassungen bolschewistischer Schriftsteller gesprochen hat.

Es gehört die ganze Verleumdungskunst des „Vorwärts“ dazu, im Zusammenhang damit der „Freiheit“ vorzuwerfen, sie habe in geradezu verbrecherischer Weise mit dem Bürgerkrieg gespielt. Das hat die „Freiheit“ nie getan, wohl aber hat die Noske-Reinhardt-Partei diesen Bürgerkrieg geführt und führt ihn heute noch, den mühseligen Krieg gegen das sozialistische Proletariat zur Rechtfertigung der Herrschaft der Bourgeoisie!

Neue Zureiberien der Gegenrevolution.

Drei Flugzeuge verschoben.

Wir brachten vor einigen Tagen die Mitteilung, daß die Fliegerabteilung 426 mit sämtlichen Materialgeschossen zu der russischen konterrevolutionären Armee in Kurland übergetrieben ist. Die Abteilung unterhält sich wie vor Beziehungen zu den militärischen Dienststellen in Deutschland und läßt sich von diesen wertvolles Heeresgut zuschieben. So sind Ende der letzten Woche zwölf Mann der Abteilung nach Berlin gekommen, mit dem Auftrag, Flugzeuge nach Kurland zu bringen. Die Mannschaften — Flugzeugführer und Begleiter — wohnen im Ordnonnshaus und werden dort auf Kosten der Kommandatur verpflegt. Am Mittwoch empfing uns eine von einer militärischen Vorkommission neu ausrüstungsgegenstände — Pelzmäntel, Kapuzen, Sandstiefel — und gestern nachmittags ging bei ihnen die Weisung ein, daß heute, Samstag, früh 8 Uhr, auf dem Flughafen in Adlershof drei Flugzeuge zur Abfahrt bereitstehen.

Das geistige Haupt dieser konterrevolutionären Schiebergesellschaft ist der Leutnant Jander, wohnhaft in Charlottenburg, Waisenstr. 14. Er hat den Deuten, die heute früh mit den Flugzeugen nach Rußland segeln werden, 50 M. Vorkauf gegeben, damit sie sich in Berlin noch eine verquämte Nacht machen können. Die verführerischen Flugzeuge verkörpern zusammen mit den Ausrüstungsgegenständen, die die Mannschaften empfangen haben, einen Wert von mindestens 500 000 M. In den nächsten Tagen sollen weitere Flugzeuge an die russische Armee verschoben werden. Und alles dies geschieht unter den Augen einer Regierung, die durch ihre Nachrichtenstellen fast täglich die militärischen Meldungen verbreiten läßt, die deutschen militärischen Dienststellen unterhielten feinerliche Verbindungen mit der russischen konterrevolutionären Armee; insbesondere sei an die Weiße Garde, die von Kurland aus die Wiedereinführung des Zarismus in Rußland betreibt, noch kein deutsches Heeresgut verschoben worden.

Bei dieser Gelegenheit wollen wir noch darauf hinweisen, daß auch der Nachschub für die Armee des Grafen v. d. Golz, trotz des scheinbaren Verbots der Regierung, an anderen Orten des Reiches weilen dauernd Kommandos auf Kurland, die die verschiedensten Aufträge zu erfüllen haben und bei der Durchführung ihrer offenkundigen Schiebereien die weitgehendste Unterstützung bei den militärischen Dienststellen finden.

Deutsch-nationale Blütenlese.

Aus einem uns zugegangenen Bericht über eine Versammlung der deutsch-nationalen Volkspartei, die am Montagabend in der Halle der Stadtmision in der Brachvogelstraße stattfand, geben wir nachfolgend einige Blütenlese. Das erste war: Alle müssen an die Wand gestellt werden, wozu sie gehören, Spartakus und Tschak, die Wesken in Menschengestalt. Die Aute räterische Schweinehunde, Lumgengehirne usw. begelien nur so. Der Redner Dr. Kaufmann, Wuppertal, weidlich über die Judenpreise, Tageblatt, Vorwärts u. a., welche uns unsere Siegesgewinne genommen hätten. Der Redner entwarf ein so schreckliches Bild von Spartakus, Juden und Sozialdemokraten, daß den Zuhörern ordentlich angst und bange wurde. Das Ziel sei, daß möglichst bald der Kaiser wieder ans Ruder kommen müsse. Es ging es im ältesten deutsch-nationalen Tartan weiter. Die deutsch-nationale Heftigkeit und Agitation ist auf einem Fleckchen angelommen, der kaum mehr zu überbieten ist. Sehen unsere „Blüten und Besten“ aus.

Die Situation in der Berliner Metallindustrie.

Die Vertretungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes hat an den Schlichtungsausschuss ein Schreiben gerichtet, in dem sie die Gründe darlegt, die die Organisation bewegen haben, an den weiteren Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss nicht mehr teilzunehmen. In dem Schreiben wird festgestellt, daß die Forderungen der Arbeiter bei der Auslegung des Schlichtungspruchs vom 1. August und der Festlegung der bisherigen Teilweise unzufrieden geblieben sind. Dem Reichsarbeitsminister ist die gleiche Erklärung zugegangen.

Der „Vorwärts“ hat sich nun doch nachträglich, wie immer, den wahren Sachverhalt zu eigen machen müssen. Er fordert eine autoritative Darstellung der Differenzen. Das Blatt hält es nicht für möglich, daß Schlichte, der seit 25 Jahren 1. Vorsitzender des Deutschen Metallarbeiterverbandes ist, ein solch frivoles Spiel mit den Interessen der Arbeiterschaft treiben läßt. Aber erst mußte der „Vorwärts“ auf die Freiheit skimpfen, die sofort erkannte, daß es sich hier um einen wohlangelegten Streich gegen die Berliner Metallarbeiter handelte.

Eine Ernennung.

Was Seine unter Demokratie versteht.

Eigener Drahtbericht der „Freiheit“.

Halle, 12. September.

Der preussische Minister des Innern Heine läßt dem Ständekammerpräsidenten einen Stenogramm folgen. Nach vieler Mühe war es der unabhängigen Mehrheit des Saalkreises (Landkreis Halle) gelungen, den hiesigen Landrat zu bestreiten. Im Kreisparlament sitzen neben 34 Unabhängigen 11 Bürgerliche und ein einziger Rechtssozialist. Nach den Grundsätzen der vollendeten Demokratie, die jetzt noch den Behauptungen der Rechtssozialisten maßgebend sein sollen, wäre es eine glatte Selbstverständlichkeit, den Landratsposten mit einem Unabhängigen zu besetzen. Anders denkt Herr Heine darüber. Durch eine offizielle Mitteilung ließ er die erstaukte Öffentlichkeit wissen, daß zum Landkreis des Saalkreises der Rechtssozialist Adolf Thiele, Mitglied der Nationalversammlung, berufen worden sei. Heute mehrer Thiele in der von ihm dirigierten „Vollstimme“, daß ihm der offizielle Auftrag zugegangen ist, die Verwaltung des Saalkreises zu übernehmen. Diese Ernennung bildet, wie unser Verleumdungskünstler ganz richtig sagt, einen Skandal, sie ist sowohl nach der sachlichen wie nach der persönlichen Seite eine geradezu unerhörte Verhöhnung. Was versteht man unter Demokratie? Die Selbstverwaltung des Volkes, die freie Bestimmung der Staatsbürger über ihre Geschicke, die unbefangene Erziehung der Regierungs- und Verwaltungsgremien durch die Bevölkerung. Im Saalkreis verfügt die Unabhängigen über eine Mehrheit, sie hat also das unabweisbare Recht, den obersten Verwaltungsbeamten des Kreises zu bestimmen. Was aber kümmert Herrn Heine das Recht? Dieser „Demokrat“, der in Wirklichkeit einer der größten Reaktionäre ist, sucht sich einen seiner Gesinnungsgenossen heraus. Die Berufung von Adolf Thiele zum Landrat des Saalkreises ist nichts anderes, als die materielle Belohnung für die treuen Dienste, die Herr Thiele seiner Partei leistet. Thiele hat die Unabhängige Sozialdemokratie auf den schärfsten bekämpft und hat sich dabei der niedrigsten Mittel bedient. Das von ihm herausgegebene Blatt steht auf einem unglaublich tiefen Niveau. Es ist die rechtssozialistische Ausgabe eines Organs des seligen Reichslügenverbandes. Thiele vor allem hat es dahin gebracht, daß seine Partei nur noch einen verschwindend kleinen Einfluß im Kreis hat, im Kreisparlament sitzt unter 38 Delegierten ein einziger Rechtssozialist. Dem 30. Teile der Bevölkerung entnimmt Herr Heine den Landrat, er sucht sich dazu einen Mann aus, dem die gewaltige Mehrheit der Bevölkerung mit dem schärfsten Mißtrauen, mit der tiefsten Verachtung gegenübersteht. Und dieser Mann ist skrupellos genug, das ihm widerrechtlich übertragene Amt zu übernehmen!

Seine reaktionäres Gebaren wird geradezu zu einer persönlichen Gefahr. Es sieht ganz danach aus, als ob er die Arbeiterschaft herausfordern will!

Seine reaktionäres Gebaren wird geradezu zu einer persönlichen Gefahr. Es sieht ganz danach aus, als ob er die Arbeiterschaft herausfordern will!

Seine reaktionäres Gebaren wird geradezu zu einer persönlichen Gefahr. Es sieht ganz danach aus, als ob er die Arbeiterschaft herausfordern will!

Seine reaktionäres Gebaren wird geradezu zu einer persönlichen Gefahr. Es sieht ganz danach aus, als ob er die Arbeiterschaft herausfordern will!

Seine reaktionäres Gebaren wird geradezu zu einer persönlichen Gefahr. Es sieht ganz danach aus, als ob er die Arbeiterschaft herausfordern will!

Seine reaktionäres Gebaren wird geradezu zu einer persönlichen Gefahr. Es sieht ganz danach aus, als ob er die Arbeiterschaft herausfordern will!

Seine reaktionäres Gebaren wird geradezu zu einer persönlichen Gefahr. Es sieht ganz danach aus, als ob er die Arbeiterschaft herausfordern will!

Seine reaktionäres Gebaren wird geradezu zu einer persönlichen Gefahr. Es sieht ganz danach aus, als ob er die Arbeiterschaft herausfordern will!

Seine reaktionäres Gebaren wird geradezu zu einer persönlichen Gefahr. Es sieht ganz danach aus, als ob er die Arbeiterschaft herausfordern will!

Seine reaktionäres Gebaren wird geradezu zu einer persönlichen Gefahr. Es sieht ganz danach aus, als ob er die Arbeiterschaft herausfordern will!

Wenn endlich werden die Potsdamer Schlichter, die schließlichen und preussischen Güter der ehemaligen Königsfamilie der Bestimmung zugeführt, der sie von nun an allein noch dienen dürfen? Alle Kronsgüter, Paläste, Jagdschlösser, Landhäuser der Hohenzollern müssen den Kriegssoldaten, die in der Volksgemeinschaft nicht mehr arbeitend einen Platz ausfüllen können, eingeräumt werden. Das Vermögen dieser Familie, die wie nie zuvor eine andere an der Welt gesündigt hat, muß beschlagnahmt und zur Erhaltung der in den Schlössern geschaffenen Soldatenheime verwandt werden.

Diese Forderung drückt aus, was weite Volkstriebe und besonders die Kriegsbeschädigten bitter empfinden. Was der König von Italien tun kann, bringt die stolze deutsche Republik nicht fertig. Man geht mit einer Kengitlichkeit an der radikalen Lösung solcher Fragen vorbei, daß man wirklich oft zu der Annahme verleitet wird, die Regierung sei die Sadistlerin der verjagten Krone.

Die Erziehung der Münchener Weiseln vor Gericht.

Die Weiselaufnahme neigt sich langsam ihrem Ende entgegen. Man hofft mit den Zeugniserhebungen am Sonnabend zu Ende zu kommen und dann am Montag mit den Weiselaufnahmen zu können. Das Urteil ist unter diesen Umständen am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche zu erwarten. Heute Morgen bekundete, daß er am Nachmittag des 30. April ins Luisenpark-Gymnasium kam, um sich dort bei der Roten Garde anwerben zu lassen. Dabei sei ihm Schlichter entgegen gekommen und habe ihn gefragt, ob er ein guter Kopf- und Weiselschütz sei. Der Zeuge erwiderte bejahend. Darauf habe Schlichter gesagt: „Es sind hier ein paar Weiseln zu erziehen. Komm mit!“ Der Zeuge will jedoch erklärt haben: „Das mach ich nicht“ und sei wieder heimgegangen.

Die Weiselaufnahme neigt sich langsam ihrem Ende entgegen. Man hofft mit den Zeugniserhebungen am Sonnabend zu Ende zu kommen und dann am Montag mit den Weiselaufnahmen zu können. Das Urteil ist unter diesen Umständen am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche zu erwarten. Heute Morgen bekundete, daß er am Nachmittag des 30. April ins Luisenpark-Gymnasium kam, um sich dort bei der Roten Garde anwerben zu lassen. Dabei sei ihm Schlichter entgegen gekommen und habe ihn gefragt, ob er ein guter Kopf- und Weiselschütz sei. Der Zeuge erwiderte bejahend. Darauf habe Schlichter gesagt: „Es sind hier ein paar Weiseln zu erziehen. Komm mit!“ Der Zeuge will jedoch erklärt haben: „Das mach ich nicht“ und sei wieder heimgegangen.

Die Weiselaufnahme neigt sich langsam ihrem Ende entgegen. Man hofft mit den Zeugniserhebungen am Sonnabend zu Ende zu kommen und dann am Montag mit den Weiselaufnahmen zu können. Das Urteil ist unter diesen Umständen am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche zu erwarten. Heute Morgen bekundete, daß er am Nachmittag des 30. April ins Luisenpark-Gymnasium kam, um sich dort bei der Roten Garde anwerben zu lassen. Dabei sei ihm Schlichter entgegen gekommen und habe ihn gefragt, ob er ein guter Kopf- und Weiselschütz sei. Der Zeuge erwiderte bejahend. Darauf habe Schlichter gesagt: „Es sind hier ein paar Weiseln zu erziehen. Komm mit!“ Der Zeuge will jedoch erklärt haben: „Das mach ich nicht“ und sei wieder heimgegangen.

Die Weiselaufnahme neigt sich langsam ihrem Ende entgegen. Man hofft mit den Zeugniserhebungen am Sonnabend zu Ende zu kommen und dann am Montag mit den Weiselaufnahmen zu können. Das Urteil ist unter diesen Umständen am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche zu erwarten. Heute Morgen bekundete, daß er am Nachmittag des 30. April ins Luisenpark-Gymnasium kam, um sich dort bei der Roten Garde anwerben zu lassen. Dabei sei ihm Schlichter entgegen gekommen und habe ihn gefragt, ob er ein guter Kopf- und Weiselschütz sei. Der Zeuge erwiderte bejahend. Darauf habe Schlichter gesagt: „Es sind hier ein paar Weiseln zu erziehen. Komm mit!“ Der Zeuge will jedoch erklärt haben: „Das mach ich nicht“ und sei wieder heimgegangen.

Die Weiselaufnahme neigt sich langsam ihrem Ende entgegen. Man hofft mit den Zeugniserhebungen am Sonnabend zu Ende zu kommen und dann am Montag mit den Weiselaufnahmen zu können. Das Urteil ist unter diesen Umständen am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche zu erwarten. Heute Morgen bekundete, daß er am Nachmittag des 30. April ins Luisenpark-Gymnasium kam, um sich dort bei der Roten Garde anwerben zu lassen. Dabei sei ihm Schlichter entgegen gekommen und habe ihn gefragt, ob er ein guter Kopf- und Weiselschütz sei. Der Zeuge erwiderte bejahend. Darauf habe Schlichter gesagt: „Es sind hier ein paar Weiseln zu erziehen. Komm mit!“ Der Zeuge will jedoch erklärt haben: „Das mach ich nicht“ und sei wieder heimgegangen.

Die Weiselaufnahme neigt sich langsam ihrem Ende entgegen. Man hofft mit den Zeugniserhebungen am Sonnabend zu Ende zu kommen und dann am Montag mit den Weiselaufnahmen zu können. Das Urteil ist unter diesen Umständen am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche zu erwarten. Heute Morgen bekundete, daß er am Nachmittag des 30. April ins Luisenpark-Gymnasium kam, um sich dort bei der Roten Garde anwerben zu lassen. Dabei sei ihm Schlichter entgegen gekommen und habe ihn gefragt, ob er ein guter Kopf- und Weiselschütz sei. Der Zeuge erwiderte bejahend. Darauf habe Schlichter gesagt: „Es sind hier ein paar Weiseln zu erziehen. Komm mit!“ Der Zeuge will jedoch erklärt haben: „Das mach ich nicht“ und sei wieder heimgegangen.

Die Weiselaufnahme neigt sich langsam ihrem Ende entgegen. Man hofft mit den Zeugniserhebungen am Sonnabend zu Ende zu kommen und dann am Montag mit den Weiselaufnahmen zu können. Das Urteil ist unter diesen Umständen am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche zu erwarten. Heute Morgen bekundete, daß er am Nachmittag des 30. April ins Luisenpark-Gymnasium kam, um sich dort bei der Roten Garde anwerben zu lassen. Dabei sei ihm Schlichter entgegen gekommen und habe ihn gefragt, ob er ein guter Kopf- und Weiselschütz sei. Der Zeuge erwiderte bejahend. Darauf habe Schlichter gesagt: „Es sind hier ein paar Weiseln zu erziehen. Komm mit!“ Der Zeuge will jedoch erklärt haben: „Das mach ich nicht“ und sei wieder heimgegangen.

Die Weiselaufnahme neigt sich langsam ihrem Ende entgegen. Man hofft mit den Zeugniserhebungen am Sonnabend zu Ende zu kommen und dann am Montag mit den Weiselaufnahmen zu können. Das Urteil ist unter diesen Umständen am Mittwoch oder Donnerstag nächster Woche zu erwarten. Heute Morgen bekundete, daß er am Nachmittag des 30. April ins Luisenpark-Gymnasium kam, um sich dort bei der Roten Garde anwerben zu lassen. Dabei sei ihm Schlichter entgegen gekommen und habe ihn gefragt, ob er ein guter Kopf- und Weiselschütz sei. Der Zeuge erwiderte bejahend. Darauf habe Schlichter gesagt: „Es sind hier ein paar Weiseln zu erziehen. Komm mit!“ Der Zeuge will jedoch erklärt haben: „Das mach ich nicht“ und sei wieder heimgegangen.

mit 15 000 Mark davon aufgehoben und mir gesagt, ich solle es ihm antun. Am Schluss des Verhörs der Reugin erklärt Seidl: „Die Mitgliederpartei der K. P. D. sind auf Antrag der Berliner kommunistischen Zentrale verurteilt worden, weil in Berlin alle, die K. P. D.-Partei befehlen, erschossen worden sind oder wenigstens die meisten. Und das hat man auch in München gefürchtet. Diese Befürchtungen sind leider zu trauriger Wahrheit geworden.“ Rechtsanwalt Liebschütz unterstützt Seidl und bestätigt die Angaben über Erschießungen von K. P. D.-Leuten in Berlin und Dresden. Vorstehender paragrafisch (1): „Es haben halt noch die anderen erschossen.“

Der Allgemeine Eisenbahnerverband gegen die Affordarbeit.

Die Absicht der Regierung, im Eisenbahnbetrieb ein neues Affordlohnverfahren einzuführen, hat den Allgemeinen Eisenbahnerverband veranlaßt, außer seinem Vorstand eine Reihe sachverständiger Funktionäre aus allen Teilen des Landes am gestrigen Tage zu einer Konferenz zusammenzubringen. Es wurde einstimmig und lebhaft bedauert, daß in der Öffentlichkeit in letzter Zeit irreführende Mitteilungen über die Ursachen des Leistungsrückganges sowie über die technische Undurchführbarkeit und die zweifelhafteste Zweckmäßigkeit eines ehehellen Affordlohnverfahrens im Eisenbahnbetrieb verbreitet worden sind. Der Verbandsvorstand wurde beauftragt, bei den maßgebenden Stellen und in der Öffentlichkeit auf die Gefahr hinzuweisen, die eine Verwirklichung jener Absicht auslösen würde. Die Wiedereinführung des Affordsystems würde durch die dadurch hervorgerufene erhebliche Beeinträchtigung der Eisenbahner eine überaus gefährliche Belastungsprobe darstellen. Die Konferenz sagte das Ergebnis der Besprechungen in folgender Entschließung zusammen:

Die Eigenart der Eisenbahntätigkeit läßt jedes ehehelle Affordlohnverfahren undurchführbar erscheinen. Im Gegenteil würde die dadurch mit Notwendigkeit hervorgerufene Güterleistungswirtschaft weit unproduktiver als produktionssteigernd wirken. Notwendig erscheint stattdessen eine völlige Neuorganisation des Verkehrswezens und die Beschaffung guter Materialien. Ohne die Erfüllung dieser beiden Voraussetzungen ist eine Wirtschaftlichkeit des Eisenbahnbetriebes nicht zu erwarten. Der Allgemeine Eisenbahnerverband ist unter Beachtung dieser Grundsätze bereit, jede Maßnahme zu unterstützen, die wirklich geeignet ist, produktiv und die Verkehrsnot mildern zu wirken.

Wie die Korrespondenz erfahren haben will, ist vom Eisenbahnminister eine Zusammenlegung der Arbeitsschichten in den Werkstätten beabsichtigt. Während jetzt in zwei Schichten am Tage gearbeitet wird, soll eine Einheitschicht durchgeführt werden. Gleichzeitig damit kommt auch die Entlassung von Arbeitern in Frage. Es sollen zunächst die jungen und unversetzten Arbeiter entlassen werden, die bei den Arbeiten zum Wiederaufbau Frankreichs Verwendung finden könnten.

Gegen diese Verfügung haben die Arbeiter in den Betrieben Stellung genommen, und wohl mit Recht. Denn wie soll man Entlassungen rechtfertigen, wenn doch gerade in Eisenbahnbetrieben eine Unmenge von Arbeiten ihrer Erziehung harren. Und über die Verwendung der Entlassenen beim Wiederaufbau in Frankreich kann doch die Eisenbahnbehörde ohne Einwilligung der Betroffenen auch nicht verfügen.

Stürmischer Verlauf der zweiten Eisenbahnerversammlung.

Die zweite Eisenbahnerversammlung, die gestern nachmittag im Beher-Bereinshaus vom Deutschen Eisenbahnerverband einberufen worden war, in der die Vormittagschicht-Arbeiter zum Wort kommen sollten, nahm einen viel stürmischeren Verlauf als die Tagung am Vormittag. Es hatten sich etwa 8000 Personen eingefunden, so daß eine Parallelsitzung auf dem Hofe abgehalten werden mußte. Im großen Saal referierte wieder Schulz, auf dem Hofe Knebel von der Verbandseitung. Schulz suchte auf die erregten Massen begütigend einzuwirken. Er betonte, daß es der Stolz der Eisenbahner bleiben müßte, vor dem Kriege und während des Krieges reiflos die Pflichten erfüllt zu haben, und die Eisenbahner nehmen für sich das Zeugnis in Anspruch, daß sie auch jetzt noch voll und ganz ihre Pflicht der Öffentlichkeit gegenüber erfüllen. Allerdings habe die Regierung ihre feierlichen Versprechungen nicht gehalten. Es spreche kein Mensch mehr vom Mißbilligungsrecht.

In beiden Versammlungen wurde dieselbe Entschließung angenommen, die auch am Vormittag angenommen worden war. In der Kundgebung kam ein heftiger Groll gegen die Führer des Deutschen Eisenbahnerverbandes und gegen die Gewerkschaften überhaupt zum Ausdruck. Gegen Schulz nahmen die Versammlungen geradezu tumultuarische Formen an.

Nachmittag machte Propaganda für die Betriebsdemokratie. Ihm trat von der Bezirksverwaltung Mienten entgegen, wobei aber teilweise eine solche Unruhe entstand, die ihm das Sprechen unmöglich machte. Die Versammlung machte auch nicht den Eindruck, als wenn die Eingekerkerten wieder befreit werden könnten. Dies war vor allem der ausgereizten Rede des Zentralmitglied Förster zu verdanken. Förster reinigte sich von dem Vorwurf, sich unredlich Verbandsgegner angezogen zu haben. Er legte die Gründe dar, die ihn zum Austritt bewegen hätten. Für Agitationszwecke sollten etwa 1000 M. ausgegeben werden. Versehenlich wurde aber durch ein Mitglied ein Flugblatt mit K. P. D. unterzeichnet. Es wurde daher beschlossen, diese Ausgabe durch formelle Erhöhung der Tagesgelder zu decken. Förster war jedoch daran nicht interessiert. Trotzdem dem Verbandsvorstand der Vorfall genau bekannt war, machte er keine Miene, Förster zu entlassen. Weiterhin nahm Förster, der selbst K. P. D.-Mitglied ist, scharf gegen die Verfügungen des Eisenbahnamtstretums Stellung. Die Versammlung stellte hierauf gegen 2 Stimmen Förster als Vertrauensmann aus.

Die Gefangenenerückkehr.

Heimkehr aus der amerikanischen Kriegsgefangenschaft. Frankfurt a. M., 12. September. Die Kriegsgefangenenfürsorge teilt mit: Die in Frankfurt a. Main geführten Verhandlungen wegen der Auslieferung der in amerikanischem Gewahrsam befindlichen Kriegsgefangenen hat zu dem Ergebnis geführt, daß vom 17. September ab täglich 2000 Mann der in amerikanischer Hand befindlichen Gefangenen ausgeliefert werden.

Die Entente verbietet Einwohnerwehren.

Aachen, 12. September. Auf Befehl der belgischen Besatzungsbehörde wurden die Oberbürgermeister der belgischen Städte aufgefordert, zur öffentlichen Kenntnis zu bringen, daß jede Propaganda, sowie jede Maßnahme zur Bildung von Bürgerwehren oder sonstigen Verbänden, die als Deckmantel für irgend einen militärischen Zweck betrachtet werden können, in der belagerten Zone strengstens verboten sind.

Rückkehr der steiermärkischen Kommunisten zur Sozialdemokratie.

Wien, 12. September. Wie die Grazer Zeitung „Arbeiterwille“ berichtet, haben die Mitglieder der steiermärkischen Gruppe der kommunistischen Partei den sozialdemokratischen Landesparteiverträtungsversammlungen teilgenommen, die sie sich von der kommunistischen Partei abgesagt haben, weil sie zur Erkenntnis gekommen seien, daß die Taktik dieser Partei das Proletariat schreie und der rechten Vorstoß leide. Die Ereignisse in Deutschland sind besonders in Ungarn hätten gezeigt, daß der Stand der gesellschaftlichen Entwicklung die Errichtung eines rein sozialistischen oder kommunistischen Partei als notwendig sei. Aus diesem Grunde sei beschlossen worden, wieder in die sozialdemokratische Partei unter der Bedingung der gleichen und freien Mitbestimmung innerhalb der Partei einzutreten. Die sozialdemokratische Landesparteiverträtungs hat diese Erklärung zur Kenntnis genommen und die neu erwachte Einsicht und die Rückkehr der Kommunisten in die Reihen der Partei begrüßt.

Ein königliches Vorbild.

In einer Zuschrift wird uns mitgeteilt, daß noch einer Meldung des „Corriere della sera“ der König von Italien alle Schlösser und Güter — mit Ausnahme seines Turiner Wohnhauses und des Hofes in Rom — durch Schenkung an den italienischen Staat überlassen hat, um aus ihnen Heimstätten für die Kriegsinvaliden zu schaffen. In der Zuschrift wird weiter mit Recht die Frage gestellt:

Revolution und Reformen.

Neben dem gegenwärtig tagenden Parteitag der französischen Sozialdemokratie in Paris findet in diesem Monat von der Kongress der französischen Gewerkschaften statt. ...

Schwindel aufgedeckt war, verfluchten die geheimerischen Schreiber die Arbeiterklasse für ihre Todsünde zu mißbrauchen und sie zum Streiken zu bewegen. ...

Die umfangreichen Lebensmittelendungen, die schon lange Zeit für die Danziger Eisenbahndirektion durch Stolp kamen, ...

Gewerkschaftliches.

Der Amtschimmel.

Immer langsam daran, so war es früher, so ist es jetzt. Sechs Monate währten die Verhandlungen um eine einheitliche Entlohnung der gewerblichen Angestellten in den Kriegsgesellschaften zu erreichen. ...

Das war am 18. August. Heute, Mitte September liegen diese Schriftstücke noch bei den Behörden, während die Arbeiterklasse auf die Zahlung wartet und hungert. ...

Drohender Streik bei der Spree-Havel-Dampfschiffahrtsgesellschaft „Stern“.

Die Angestellten dieser Gesellschaft stehen seit längerer Zeit mit der Dittellow in Unterhandlung, um für das Winterhalbjahr die Lohn- und Arbeitsbedingungen festzulegen. ...

Der neue Lohnzettel in der mechanischen Schuhindustrie.

In den am 11. September vor dem Schlichtungsausschuß stattgefundenen Verhandlungen wurden in der mechanischen Schuhindustrie die folgenden Stundenlöhne vereinbart: 1. Hilfskräfte: im 15.-18. Jahr 0,85 M. für männliche, 0,75 M. für weibliche. ...

Zum Streik im chemischen Großhandel.

In einer gutbesetzten Streikversammlung beschlossen gestern demittag die Angestellten der Sapeda, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen, nachdem sich die Direktion in der Verhandlung am Donnerstag bereit erklärt hat, alle militärischen Personen, insbesondere auch den Anstellenausschuß, wieder einzustellen. ...

Die Arbeitslosen für die Auswanderung nach Russland.

Im ganzen Reich fanden gestern zahlreiche Arbeitslosenversammlungen statt. Der Arbeitslosenrat Berlin hatte für gestern nachmittags 8 Versammlungen einberufen. ...

Ultimatum zu stellen, wonach sofortige diplomatische und wirtschaftliche Beziehungen mit Russland aufzunehmen und die Auswanderungsbedingungen bekanntzugeben seien.

Rundgebung der weiblichen Angestellten.

Der Zentralverband der Handlungsgehilfen hatte zum Donnerstag die weiblichen Angestellten Berlin zu einer Versammlung zusammenberufen die trotz der starken Gegenaktion der bürgerlichen Verbände überfüllt war. ...

In der Diskussion sprachen zwei Vertreterinnen des Verbandes der weiblichen Angestellten. Sie suchten das Zusammengehen ihres Verbandes mit dem deutschen nationalen Verband zu verteidigen und ihn gutes Herz für die weiblichen Angestellten hervorzulocken. ...

Achtung! Steinseher.

Die zu diesem Sonntag beantragte kombinierte Versammlung findet nicht statt, da die Schlichtungskommission die dabei in Frage kommenden Filialen bis jetzt noch nicht benachrichtigt hat!

Achtung! Schwarzloppfearbeiter Wilmow.

Hierdurch fordern wir alle abgegangene und entlassene Kollegeninnen und Kollegen, welche am 28., 29. und 30. April d. J. beim Hilfsarbeiterstreik ausgesperrt waren, auf, die von der Firma durch Schiedspruch anerkannten 50 Prozent Entschädigung schriftlich zu beantragen.

Eine Richtfeststellung.

Zu dem Versammlungsbericht der Buchdruckereifabrikanten in der gestrigen Abendnummer wird und geschrieben: Der Bericht ist in seinem ersten Absatz die subjektive Auffassung des Schriftführers, der den Bericht verfaßt hat. ...

Die Antwort unserer angeblich Verhafteten wäre gerecht und richtig. Dieselbe Antwort gibt auch die Arbeiterklasse, die sowohl politisch als auch gewerkschaftlich organisiert ist. ...

Die herrschenden Klassen geben niemals nichts um nichts. Sie können Reformen gewähren, d. h. Versprechungen von Reformen, geschäftlich es im Namen der sozialen Befähigung (sozialer: Wirtschaftlicher) d. h. Kapitalisation der Arbeiterklasse. ...

Die herrschenden Klassen sind unruhig. Der größte Teil davon ist durch Arbeiterrevolutionen erschüttert. Sie versuchen daher übermenschliche Anstrengungen zur Spaltung der Arbeiterklasse, indem sie die gemäßigten Elemente den ungemäßigten, bestigen und revolutionären Elementen gegenüberstellen. ...

Der Kapitalismus zittert vor der möglichen Wiedervereinigung, und er wendet alle Mittel an, um die Spaltung der Arbeiter aufrecht zu erhalten. Man muß einen Teil der Arbeiterklasse, gegen die Parteien des Proletariats, die in einen Kampf bis auf den Tod gegen die kapitalistische Gesellschaft verwickelt sind, aufwiegen.

Zum Schluß sagt Rappoport: Es ist natürlich, daß die Bürgerlichen die bürgerlichen Interessen verteidigen, aber daß Führer, die aus der Arbeiterklasse hervorgegangen sind und ihr Gend auf Grund auf sich, sich zu dieser konterrevolutionären Rolle ergeben, übersteigt ein wenig das Maß. ...

Rappoport's Artikel zeigt, daß der Antiparlamentarismus der französischen Gewerkschaften anstatt die revolutionäre Tatkraft der Arbeiterklasse zu fördern, gerade gegenwärtig ein Hemmnis für seine weitere Entwicklung geworden ist. Das ist von besonderer Bedeutung nicht nur für Frankreich, sondern auch für uns.

Behdrbliche Lebensmittelziehungen.

Neben umfangreiche Lebensmittelziehungen sind auch am 13. d. Bericht. Dort hielten die Lebensmittelkontrolloren des Arbeiterrats verschiedene Eisenbahnstationen an, die als „Eisenbahndienstgut“ bezeichnet waren. ...

Verband der Steinseher, Filiale Berlin.

Der Vorstand.

Verband der Schwarzloppfearbeiter Wilmow.

Der Vorstand.

Verband der Buchdruckereifabrikanten.

Der Vorstand.

Verband der Eisenbahner.

Der Vorstand.

Verband der Arbeiterinnen.

Der Vorstand.

Verband der Arbeiter.

Der Vorstand.

Verband der Arbeiterinnen.

Der Vorstand.

Verband der Arbeiter.

Der Vorstand.

Verband der Arbeiterinnen.

Der Vorstand.

Verband der Arbeiter.

Der Vorstand.

Verband der Arbeiterinnen.

Der Vorstand.

Verband der Arbeiter.

Der Vorstand.

Verband der Arbeiterinnen.

Der Vorstand.

Die Schandbefehle von Lille Bildliche Wiedergabe in der „Freien Welt“ Heft 17 Außerdem: Wilhelm und Mosle / Ein geheimes Flugblatt aus der Kriegszeit / Politische Freiheit in England / Bewaffnung des deutsch-österreichischen Proletariats / Der Roman.

